



Um- und Ausbau der Stromnetze

Das Schweizer Übertragungsnetz ist eine Pionierleistung der Nachkriegszeit, das bei Kraftwerksausfällen den Stromaustausch mit dem angrenzenden Ausland ermöglichen sollte. Mehr als zwei Drittel des 6700 Kilometer langen Höchstspannungsnetzes hat mittlerweile seine Lebensdauer erreicht. Um die heutigen und künftigen Anforderungen der internationalen Stromversorgung zu erfüllen, muss es erneuert und ausgebaut werden. Gelingt der notwendige Netzausbau nicht schnell genug, können unter Umständen Windkraft und Solarenergie nicht in grösserem Massstab genutzt werden. Aus diesem Grund hat sich der Nationalrat gleich zu Beginn der ersten Sessionswoche mit dem Bundesgesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze befasst.

Mit dem Gesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze will der Bundesrat die Leitungen für die Energiewende fit machen. Auch sollen die Bewilligungsverfahren optimiert und beschleunigt werden.

In der Gesamtabstimmung nahm der Nationalrat die Vorlage ohne Gegenstimmen bei einigen Enthaltungen an. Nun ist wieder der Ständerat am Zug.

Post soll Erreichbarkeit verbessern

3300 Postfilialen gab es in der Schweiz zur Jahrtausendwende, heute sind es noch 1400. An ihre Stellen traten mancherorts Postagenturen, die in Supermärkten, Gemeindehäusern oder Tourismusbüros untergebracht sind, die aber allerdings nur ein eingeschränktes Angebot aufweisen. Und der Poststellenabbau soll im gleichen Stil weitergehen. So plant der Bundesbetrieb, 500 bis 600 weitere Poststellen in den nächsten drei Jahren zu schliessen. Fast im Wochenrhythmus gibt die Post derzeit bekannt, welche Standorte in welchen Kantonen gefährdet sind. Der Nationalrat behandelte am Dienstag darum gleich mehrere politische Vorstösse, die den Poststellenabbau bekämpfen bzw. die Versorgung auf dem Land stärken wollen.

Der Nationalrat setzte mit 172 zu 13 Stimmen ein deutliches Zeichen, dass es mit dem Poststellenabbau so nicht weitergehen darf und befürwortete eine Motion mit den folgenden zwei Stossrichtungen:

Standorte erhalten: Heute reicht es, wenn 90 Prozent der Bevölkerung innerhalb von 20 Minuten Zugang zu einer Poststelle oder einer Agentur haben. Dieses Kriterium soll neu nicht mehr national, sondern regional gelten. In Randregionen könnte dies dazu führen, dass die Post keine Poststellen mehr schliessen könnte, ohne zwingend eine Agentur vorzusehen.

Angebot ausweiten: Agenturen, die heute ein beschränktes Angebot führen, sollen künftig alle Postdienstleistungen anbieten müssen, inklusive Bareinzahlungen und Massensendungen.

Mehrwertsteuersatz für Hotels wird bis 2027 verlängert

Der Nationalrat ist stillschweigend auf die Linie des Ständerats eingeschwenkt: Das Steuerprivileg für die Hotels wird somit um weitere zehn Jahre bis 2027 verlängert. Der Sondersatz für die Hotellerie war 1996 eingeführt worden: Die Mehrwertsteuer wurde damals von den üblichen 8 auf 3,8 Prozent gesenkt. Ursprünglich nur als vorübergehende Massnahme zur Stützung der kriselnden Hotelbranche gedacht, wurde der Sondersatz bereits fünf Mal verlängert. Ende Jahr wäre das Steuerprivileg abermals ausgelaufen.



Die steuerliche Entlastung sei weiterhin nötig, denn die Lage vieler Hoteliers sei schwierig, zeigte sich eine Mehrheit der Parlamentarier während der Debatten in beiden Kammern überzeugt.

Vor allem in den Berggebieten hätten Hotels einen schweren Stand, auch wegen des starken Frankens. Umstritten war im Parlament denn auch nicht in erster Linie, ob der Sondersatz überhaupt verlängert werden soll, sondern vor allem um welchen Zeitraum. Der Nationalrat hatte sich in seiner ersten Beratung für eine unbefristete Verlängerung ausgesprochen.

Andere Branchen wie bspw. der ganze Detailhandel (insbesondere im Non-Food-Bereich) leiden aufgrund der Frankenstärke ebenfalls. So kaufen die Schweizerinnen und Schweizer bereits für über 11 Milliarden Franken im nahen Ausland ein und führen damit dazu bei, dass etliche Geschäfte in der Schweiz ihren Betrieb einstellen mussten. Bleibt zu hoffen, dass Parlament und Bundesrat nun auch gewillt sind, diesen Branchen zu helfen!

Staatsrechnung 2016

Der Nationalrat hat als Zweitrat die Staatsrechnung 2016 und die Sonderrechnungen genehmigt. Die Rechnung schloss mit einem Überschuss von rund 800 Millionen Franken - 1,3 Milliarden Franken besser als budgetiert.

Nachtrag I zum Voranschlag 2017

Anders als der Ständerat hat der Nationalrat nicht allen Nachtragskrediten zum Voranschlag 2017 zugestimmt. Abgelehnt hat die grosse Kammer einen Kredit in Höhe von 700'000 Franken für die Bundesanwaltschaft sowie eine Erhöhung des Verpflichtungskredits für das Informatikprojekt FISCAL-IT um 10 Millionen Franken. Zugestimmt hat der Nationalrat dagegen dem grössten Kredit, jenem von 215 Millionen Franken für die Hochseeschiffe. Zwar war der Unmut gross. Die Mehrheit befand aber, das Parlament habe keine Wahl, es habe der Bürgerschaft zugestimmt und müsse nun die Verpflichtung erfüllen.

Kronzeugen

Gerichte sollen Mitglieder terroristischer Organisationen milder bestrafen können, wenn diese den Behörden wertvolle Informationen liefern. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat dafür ausgesprochen. Er nahm eine Motion seiner Rechtskommission an. Abgelehnt hat er eine Motion von Ständerat Claude Janiak (SP/BL), die weitergegangen wäre. Nach geltendem Recht kann Mitgliedern krimineller Organisationen für ihre Kooperation Strafmilderung gewährt werden. Diese "kleine Kronzeugenregelung" gilt allerdings nicht für Mitglieder von Gruppierungen wie dem Islamischen Staat oder Al-Kaida. Das soll nun geändert werden. Über eine Strafmilderung würde in jedem Fall das Gericht entscheiden. Die Staatsanwaltschaft könnte nichts verbindlich zusichern.

Steuerabzug für Ferien in der Schweiz

Ein Steuerabzug für Ferien in der Schweiz, um den hiesigen Tourismus zu fördern, kommt für den Nationalrat nicht in Frage. Er hat eine entsprechende Motion von Lukas Reimann (SVP/SG) deutlich abgelehnt. Mit dem Vorstoss wollte Reimann die negativen Auswirkungen des starken Frankens auf den Schweizer Tourismus teilweise kompensieren. "Ein Steuerabzug wäre unbürokratisch und wirksam", sagte er. Den Schweiz-Bonus würde aus seiner Sicht jeder Bürger beim Ausfüllen der Steuerklärung spüren.



Mein Sitznachbar im Nationalrat konnte nur wenige Nationalräte von seinem Anliegen überzeugen. 33 Volksvertreter, mehrheitlich aus den Reihen der SVP, stimmten der Motion zu. 153 lehnten den Vorstoss ab, sechs enthielten sich der Stimme.

Keine Ferien mehr für vorläufig Aufgenommene

Nach Ablehnung eines Asylgesuchs oder bei einem Nichteintretensentscheid wird in der Regel die Wegweisung der betroffenen Person verfügt. Dabei prüft das Staatssekretariat für Migration SEM von Amtes wegen, ob allfällige Vollzugshindernisse vorliegen. Ist der Vollzug der Wegweisung nicht zulässig (Verstoss gegen Völkerrecht), nicht zumutbar (**konkrete individuelle Gefährdung!**) oder nicht möglich (vollzugstechnische Gründe), wird die vorläufige Aufnahme verfügt.

In der Praxis wurden Fälle festgestellt, wo Personen mit einer vorläufigen Aufnahme in der Schweiz Reisen in ihr Herkunftsland unternommen haben. Der Nationalrat will nun ein Reiseverbot für vorläufig Aufgenommene. Er hat am letzten Tag der ersten Sessionswoche entsprechende Vorstösse der SVP- und FDP-Fraktion sowie der CVP angenommen. Während die CVP ein Verbot für Reisen ins Heimatland fordert, will die FDP-Fraktion ein generelles Reiseverbot. Die SVP wiederum verlangt ein grundsätzliches Verbot für Auslandsreisen. Die Vorstösse gehen nun an den Ständerat.

Bern, im Juni 2017
David Zuberbühler